

schen Agenda. Daneben konzentrieren sich Bedenken auf den Rückgang der Biodiversität in den Niederlanden. Da eine Folge des Klimawandels die Migration vor allem aus Afrika nach Europa sein könnte, beschäftigt sich die niederländische Diskussion auch mit Fragen der Immigrationspolitik.

Der Bericht von Sir Nicholas Stern hat – wie auch in vielen anderen europäischen Staaten – zur verstärkten Diskussion um die notwendige Verringerung des Klimawandels beigetragen, indem er herausstellte, dass die Kosten des durch den Klimawandel entstandenen Schadens so hoch sein werden, dass es nicht nur effektiver, sondern auch ökonomisch sinnvoller ist, so schnell wie möglich in die Reduzierung des Klimawandels zu investieren. Folgend auf die letzte Veröffentlichung des IPCC-Berichts stehen die Niederlande mit dem Rest Europas vor der Herausforderung die richtigen Instrumente zur Verminderung des Klimawandels zu finden. In den Niederlanden stimmt man mit der Ansicht des IPCC-Berichts überein, dass das Potential zur Reduzierung des Klimawandels zwar vorhanden ist, dass nun aber die Politik gefragt ist, um die richtigen Impulse in den verschiedenen Politikbereichen zu setzen.

LUXEMBURG

Der luxemburgische Staatsminister Jean-Claude Juncker räumte bereits Anfang 2006 der Verantwortung für den Erhalt des Weltklimas einen herausragenden Stellenwert ein. Anfang Mai 2006 stellte Umweltminister Lucien Lux den ersten Aktionsplan zur CO₂-Reduktion vor. Darauf folgte der „Nationale Allokationsplan für 2008-2012“ zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die beiden Pläne enthalten unter anderem eine steuerliche Verteuerung des Individualverkehrs. Dieser Schritt war im Zusammenhang mit dem ansteigenden Tanktourismus im Transportsektor wichtig.

Neue Strategien zur Energienutzung sehen eine – verstärkte Einbindung erneuerbarer Energien vor und stehen in engem Zusammenhang mit dem CO₂-Minderungsplan „Changement climatique: Agir pour un défi majeur“ sowie den auf europäischer Ebene vorgegeben Rahmen. Mit dem Forum „Klimaschutz schafft Chancen“ von Anfang Mai 2007, verdeutlicht Umweltminister Lucien Lux, dass auch auf Regierungsebene schnellstmöglich auf den neuesten Teil des IPCC-Berichts reagiert wurde.

FRANKREICH: UMWELTPROBLEME HABEN NICHT DIE OBERSTE PRIORITÄT

Beatrice Gorawantschy | Katharina Leuthner

1. WIE VERLÄUFT DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL IN FRANKREICH?

Zur Erfüllung der Vorgaben des Kyoto-Protokolls hat Frankreich einen Klima-Plan („Plan climat“) aufgestellt. Dieser hat das Ziel, die Emissionen in verschiedenen Bereichen bis 2012 zu verringern. Er bereitet Frankreich auf fundamentale Veränderungen vor, die auf lange Sicht getroffen werden müssen, um die Folgen des drohenden Klimawandels einzudämmen. Zum ersten Mal gibt es hiermit einen speziellen Leitfaden, der Frankreich dabei helfen soll, Maßnahmen zu ergreifen.

In seiner Rede vom 11. Mai 2006 sprach der delegierte Botschafter für Umwelt im französischen Außenministerium („ambassadeur délégué à l’environnement“), Denys Gauer, vom Ziel Frankreichs seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um das vierfache zu reduzieren, indem es beispielsweise Biokohlenstoffe

verwendet und die Klimasysteme verbessert. Diese Maßnahmen werden noch ergänzt durch eine Informationskampagne des ADEME („Agence de l’Environnement et de la Maîtrise de l’Energie“) – ein Büro, das sich eigens mit Umwelt- und Energiefragen beschäftigt- zum Klimawandel und zu den Beiträgen, die jeder Einzelne leisten kann.

Frankreich gibt bereits 300 Millionen Euro pro Jahr für den Kampf gegen den Klimawandel aus und plädiert außerdem für eine Zusammenlegung der Kooperations- und Entwicklungspolitik mit dem Kampf gegen den Klimawandel. Im Jahr 2000 wurde ein nationales Programm zum Kampf gegen den Klimawandel („Plan national de lutte contre le changement climatique“, PNLCC) ausgearbeitet, das vorsah, die Ziele des Kyoto-Protokolls ohne Verzögerung zu erfüllen. Dieses wurde 2001 ergänzt durch ein nationales Programm zur Verbesserung der Energie-Effizienz („Programme National d’Amélioration de l’Efficacité Energétique“, PNAEE).

Insgesamt muss bemerkt werden, dass die Umweltproblematik für die französische Bevölkerung nicht an erster Stelle der Prioritäten steht. Dies zeigt sich nach einem Artikel von Le Monde vom 24. Mai 2007 sehr deutlich am Recycling-Verhalten der Bevölkerung. Nur eine sehr geringe Menge an Haushaltsabfällen wird recycelt. Eine Mitarbeiterin des „Centre national d'information indépendante sur les déchets“ beziffert die Menge der recycelten Abfälle in Frankreich auf 13 Prozent und die der kompostierten auf 6 Prozent. Im Vergleich dazu wird Österreich mit 59 Prozent und Belgien mit fast 70 Prozent genannt. Beispielsweise wird im Gegensatz zu Deutschland in Frankreich keine Mülltrennung bei Plastikzeugnissen durchgeführt. Am wenigsten motiviert seien junge Erwachsene und Stadtbewohner. Verantwortlich sei unter anderem das fehlende Interesse der Politik. Die Prioritäten der französischen Bevölkerung bezüglich politischer Themen lassen sich anhand einiger ausgewählter Umfragen von Meinungsforschungsinstituten zeigen. Vor der Präsidentschaftswahl befragte „Ifop“ Bürger zu den Themen, über die während der Wahlkampagne vorzugsweise gesprochen werden soll. An erster und zweiter Stelle ergaben sich die Themen „Beschäftigung“ und „Kaufkraft und Gehälter“, wohingegen sich das Thema „Umwelt“ nur an siebter Stelle (16 Prozent) befand, noch hinter „Schule und Ausbildung“ oder „Renten“. Bei einer Umfrage unter Jugendlichen durch „Ipsos“ bezüglich der Prioritäten des künftigen Präsidenten, steht die Aussage „Bewahrung der Umwelt“ auf Platz drei (31 Prozent), hinter „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ (45 Prozent) und „Steigerung des Lebensstandards“ (36 Prozent). Einer Umfrage von „TNS-Sofres“ im April 2007 zufolge, steht das Thema „Arbeitslosigkeit“ mit 71 Prozent an oberster Stelle des Interesses der Bürger, gefolgt von „Finanzierung der Renten“ (46 Prozent), „Gesundheit“ (45 Prozent) und „Schule“ (43 Prozent). „Umwelt und Umweltverschmutzung“ befindet sich mit 41 Prozent an fünfter Stelle.

2. WELCHE FOLGEN DES KLIMAWANDELS WERDEN ALS AKUTE PROBLEME GESEHEN?

Auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt und nachhaltige Entwicklung werden als Folgen des Klimawandels genannt: Anstieg des Meeresspiegels, Veränderung des natürlichen Kreislaufs, Rückgang der Gletscher, Schäden an Korallenbänken. Der WWF („World Wide Fund For Nature“) berichtet auf seiner französischen Seite von Tierarten – vor allem Vögel –, die ihren Lebensraum aufgrund der Temperaturerhöhung in Richtung Norden und in die Höhenlagen verlassen müssen. Des Weiteren wird von der Temperaturerhöhung des Mittelmeeres und dem Anstieg des Meeresspiegels berichtet. Auch auf die Folgen für die Pflanzenwelt – vor allem die Wälder – wird eingegangen, wie beispielsweise die Ausbreitung mediterraner Pflanzenarten, die

Bedrohung der einheimischen Arten durch die Lufterwärmung und die Ausbreitung schädlicher Insekten. Ein wichtiger Faktor der Debatte zum Klimawandel in Frankreich sind die französischen Überseegebiete, die auch stark vom Klimawandel betroffen sein werden: Der WWF berichtet vor allem von der drohenden Gefahr für die Korallenriffe aufgrund der Erwärmung des Meeres. Es wird weiterhin von der Gefahr für die Meeresschildkröte gesprochen und von Zyklonen, die dem gesamten Ökosystem schaden könnten. Ebenso wird der Klimawandel starke Auswirkungen auf den Menschen haben. Viele lebenswichtige Faktoren sind von den klimatischen Bedingungen abhängig, wie beispielsweise die Landwirtschaft, die Wasserversorgung und die Energiegewinnung.

In einem Artikel in Le Figaro vom 9. April 2007 wird explizit über die Folgen für den Champignon gesprochen. Durch die Erwärmung des Klimas kann bereits seit einigen Jahren eine Veränderung im Wachstum der Pilzart festgestellt werden. Die Champignons wachsen viel schneller als normal aufgrund der CO₂-Erhöhung und des Temperaturanstiegs. Dies sei die bisher schlimmste Beobachtung in der Tier- und Pflanzenwelt. Auch hat sich bereits eine Champignonart, die normalerweise in den Mittelmeerregionen angesiedelt ist, in mehreren Regionen Frankreichs ausgebreitet.

In seiner Rede vom 29. Januar 2007 anlässlich des Treffens der Experten für den IPCC-Bericht in Paris, betonte der im französischen Umweltministerium angesiedelte interministerielle Beauftragte für Ökologie und nachhaltige Entwicklung, Christian Brodhag, die Gefahr für Frankreich bestünde unter anderem in den Folgen des Klimawandels für die französischen Skigebiete, was gravierende Auswirkungen für die Tourismusindustrie habe. Außerdem erwähnte Brodhag die Gefahr für die Korallenriffe, vor allem in Polynesien. Darüber hinaus mache sich Frankreich große Sorgen um die Nachbarstaaten der Überseegebiete, oft kleinere Inselstaaten, die über geringe Ressourcen für den Kampf gegen den Klimawandel verfügen.

3. WELCHE REAKTIONEN GAB ES IN FRANKREICH AUF DEN STERN-BERICHT UND AUF DIE IPCC-BERICHTE?

Als Reaktion auf den Bericht von Nicholas Stern im Oktober 2006, verkündete die ehemalige französische Ministerin für Umwelt und nachhaltige Entwicklung, Nelly Olin, am 31. Oktober, dass auch Frankreich dem Bericht voll und ganz zustimme. Sie sei der gleichen Meinung wie ihr britischer Kollege und sie würde dieses Thema auf der nächsten Klimakonferenz in Nairobi am 15. November 2006 zur Sprache bringen.

Am 13. November 2006 machte der ehemalige Premierminister Dominique de Villepin vor dem Ausschuss für

nachhaltige Entwicklung zur Aktualisierung des Klimaplanes 2004–2012 den Vorschlag einer CO₂-Abgabe für Produkte aus Ländern, die sich der Umsetzung des Kyoto-Protokolls verweigern. Es sollte somit eine Konkurrenzsituation vermieden werden. In seiner Botschaft an die Teilnehmer der Klimakonferenz in Nairobi im November 2006 rief der damalige Präsident Jacques Chirac dazu auf, dass unverzügliches Handeln dringend geboten sei. Frankreich habe Verantwortung übernommen und ist darauf bedacht die Verpflichtungen ernst zu nehmen. Bis zum Jahre 2050 strebt Frankreich an, die Emissionen um 75 Prozent senken. Weiterhin schlägt Frankreich zusammen mit der Europäischen Union ein wirksames, verstärktes multilaterales System vor. Chirac kündigte weiterhin an, dass er im Februar 2007 in Paris all diejenigen zusammenbringen werde, die zur Avantgarde eines internationalen Engagements gehören wollen.

4. MASSNAHMEN IN FRANKREICH

Als Antwort auf die Bedrohungen durch den Klimawandel hat Frankreich 2002 das „Observatorium der Auswirkungen der Klimaerwärmung“ („Observatoire des effets du réchauffement climatique“, ONERC) gegründet, das die Auswirkungen des Klimawandels beobachtet und den Auftrag hat, Informationen, Studien und Forschungen über die Risiken des Klimawandels und dessen Phänomene zu sammeln und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieses Observatorium hat Empfehlungen für Maßnahmen gegen die Risiken des Klimawandels formuliert, die aufgegriffen wurden, um die „Französische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ („Stratégie française d’adaptation au changement climatique“) zu formulieren.

Im Juni 2003 wurden in der nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung sowie im Gesetz des 13. Juli 2005 über die Energie das Ziel festgelegt, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um das Vierfache zu reduzieren. Ein weiteres Zeichen für das Engagement Frankreichs im Bereich der Umweltpolitik ist die sogenannte Umweltcharta („Charte de l’environnement“), die am 1. März 2005 von Präsident Chirac erlassen wurde. Es handelt sich hierbei um einen Text, der in der Verfassung verankert ist.

Im Januar 2006 wies Frankreich in einem Memorandum zur europäischen Energiepolitik auf die Notwendigkeit gemischter Energien, einschließlich erneuerbarer Energien hin. Gleichzeitig unterstützt Frankreich auch die Erfassung und Lagerung von CO₂ in Wärmekraftwerken.

Vom 2. bis 3. Februar 2007 fand in Paris eine Konferenz mit dem Titel „Citoyens de la Terre“ auf Einladung des damaligen Präsidenten statt. Diese Konferenz hatte die internationale Mobilisierung in Hinblick auf die

aktuelle ökologische Situation zum Ziel. Es nahmen mehr als 200 Teilnehmer aus über 60 Ländern teil. Jacques Chirac sprach von den Zielen, die gemeinsam erreicht werden sollen. Es soll eine nationenübergreifende Organisation für die Umwelt (UNEO) gegründet werden, deren Machtbefugnisse über die der bereits bestehenden UNEP hinausgehen sollen.

5. WIE GEHT DIE POLITIK MIT DER PROBLEMATIK UM?

In seiner Rede anlässlich seiner Wahl zum Präsidenten Frankreichs am 6. Mai 2007 wandte sich Nicolas Sarkozy an die US-amerikanische Nation, um ihr die Unterstützung Frankreichs zu versichern. Er wies die USA aber darauf hin, dass der Kampf gegen den Klimawandel, gerade in einer so großen Nation wie den Vereinigten Staaten, oberste Priorität haben müsse. Sarkozy forderte die USA auf, eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Erderwärmung zu übernehmen. Bereits am nächsten Tag reagierte Washington auf die Aufforderung des neuen französischen Präsidenten, indem es Frankreich versicherte, den Kampf gegen den Klimawandel gemeinsam aufzunehmen und voranzutreiben. Mit der Erwähnung der Problematik des Klimawandels in seiner ersten Rede als Präsident wollte Sarkozy ein deutliches Zeichen setzen.

In seinem Wahlprogramm anlässlich der Präsidentschaftswahlen widmete Nicolas Sarkozy dem Themenbereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung einen eigenen Punkt. Er kündigte an, ein großes Ministerium für nachhaltige Entwicklung gründen zu wollen, um der Thematik Umwelt gerecht zu werden. Dieses Ministerium soll die Bereiche Umwelt, Energie und Verkehrswesen in sich vereinen. Der Energiepolitik räumt er einen hohen Stellenwert ein. Frankreich werde unter seiner Regierung erneuerbare Energien fördern, aber auch weiterhin an der Atomenergie festhalten. Diejenigen, die zur Umweltverschmutzung beitragen, sollen zur Verantwortung gezogen werden. Sarkozy will beispielsweise den Mehrwertsteuersatz auf französische umweltfreundliche Produkte reduzieren und schlägt vor, dass Produkte aus Ländern, welche sich nicht für den Erhalt der Umwelt einsetzen, besteuert werden. Außerdem schlägt Sarkozy die Gründung einer weltweiten Umweltorganisation vor und unterstützt damit den Vorschlag von Chirac, eine UNEO zu gründen.

Im Programm der UMP wird die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Klimawandel hervorgehoben. Nach dem Beispiel Schwedens soll ein nationaler Plan ausgearbeitet werden, der alle Franzosen und alle Wirtschaftssektoren dazu aufruft, auf dieses Ziel hinarbeiten. An jährlichen Indikatoren soll der Zielerreichungsgrad festgestellt werden. Die Entscheidungen werden anhand öffentlicher Debatten mit allen Betei-

ligten, Bürgern, Unternehmen, Vereinigungen und natürlich den Überseegebieten getroffen. Die Strukturen müssen neu organisiert werden, beispielsweise in der Gründung eines strategischen Rates der nachhaltigen Entwicklung und des Kampfes gegen den Klimawandel an der Seite des Präsidenten. Zudem ist die Gründung eines Umweltethik-Komitees zur Aufklärung der Bürger und die Verbesserung der Umweltbildung in Schulen und höheren Bildungsstätten geplant.

Um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen, sollen alte Gebäude besser isoliert und das öffentliche Verkehrswesen ausgebaut werden: die Bürger sollen ermutigt werden zusätzliche Fahrgemeinschaften zu bilden, die öffentlichen Verkehrsmittel oder Fahrrad zu benutzen. Es sollen Gebühren für Wasser, Elektrizität und Müll eingeführt werden und überdies soll in die Forschung investiert werden, vor allem auf europäischer Ebene, beispielsweise zur Entwicklung von Biokohlenstoff. Um diese Ziele zu erreichen soll das Steuersystem zugunsten der Ökologie verschoben und eine Umweltsteuerrückerstattung eingeführt werden. Außerdem soll auf bestimmte Energien, wie Biokohlenstoffe, eine Steuersenkung zukommen und die Preise von Bioprodukten sollen gesenkt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bewahrung der Artenvielfalt, die durch den Klimawandel bedroht ist.

Die UMP zeigt ihre Entschlossenheit auf internationalem Niveau zu agieren, mehr Schutzgebiete zu gründen und vor allem die Artenvielfalt in den Überseegebieten zu bewahren. In jedem der Überseegebiete soll ein lokaler Plan zur nachhaltigen Entwicklung auf Basis einer Gebietsanalyse ausgearbeitet werden. Zudem sollen denjenigen Gebieten, die zur Erhaltung der Artenvielfalt beitragen, die Schulden erlassen werden. Insgesamt fordert die UMP eine „ökologische Revolution“. Die wichtigste Maßnahme des Programms von Sarkozy ist die Verdoppelung der Umweltsteuern.

DIE NEUE REGIERUNG

Als Präsident Nicolas Sarkozy seine neue Regierung vorstellte, stand auch der Minister für Umwelt, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung fest. Es handelte sich um den ehemaligen Premierminister Alain Juppé. Das zuständige Superministerium trägt den Namen „Ministerium für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und Raumplanung“. Minister Juppé trat von diesem Posten jedoch genau einen Monat später zurück, da er bei den Parlamentswahlen kein Mandat erringen konnte. Das Ziel von Präsident Sarkozy, mit Juppé der Umweltpolitik ein prominentes Gesicht zu verleihen, war damit gescheitert. Neuer Umweltminister wurde Jean-Louis Borloo.

ITALIEN: WASSERKNAPPHEIT WIRD ZUM PROBLEM

Stefan von Kempis

1. DER DISKURS ZUM KLIMAWANDEL

Die italienische Debatte über den Klimawandel geht vor allem von den Wetterextremen aus, die das Land in den letzten Jahren ganz unmittelbar gespürt hat: Spitzentemperaturen im Sommer, Dürre, austrocknende Flüsse, Wasserknappheit und abrupte Wetterwechsel. Vor allem der heiße Sommer 2003 wird immer wieder als Beleg für einen Wandel des Klimas zum Schlechten hin genannt. Die Medien berichten auch dieses Jahr wieder ausführlich über tropische Vögel, die in römischen Parkbäumen nisten, eine verfrühte Mandelblüte auf Sizilien und die wachsenden Schwierigkeiten, die der Wassermangel (nach Italiens wärmstem Winter seit etwa zwei Jahrhunderten) für Landwirte und Unternehmer bedeutet.

Der Pegel des Flusses Po, der durch das wirtschaftlich wichtige Norditalien fließt und von vielen Fabriken und Wasserkraftwerken gesäumt ist, ist in mehreren, aufeinander folgenden Jahren der Dürre immer niedriger geworden; im April dieses Jahres lag er nun wegen ausbleibendem Schmelzwasser und frühem Einsetzen des Frühlings stellenweise sechseinhalb Meter unter dem Normalwert. Damit gelangt – und die Medien berichten ausführlich darüber – bei Flut Meerwasser ins Landesinnere, und das Kraftwerk von Porto Tolle, eines der größten von Norditalien, muss über Tanklastzüge mit Süßwasser versorgt werden. Die durchschnittliche Temperatur im April lag übrigens landesweit bei 17,2 Grad – im Vergleich zum Mittelwert 12,9 der Jahre 1970–2000.

Auch Arno und Tiber in Mittelitalien führen viel weniger Wasser als für diese Jahreszeit üblich. Die Regierung hat darum Anfang Mai den Wassernotstand für Nord- und Mittelitalien ausgerufen; damit können ohne administrative Verzögerungen Wasser sparende Maßnahmen